D-03 Aufruf an die Bundesregierung: unnötige Castortransporte verhindern!

Antragsteller*in: Gertrud Welper (KV Borken)
Tagesordnungspunkt: 11. Dringlichkeitsanträge

Antragstext

Angesichts der beeindruckenden Fortschritte bei der Energiewende, vor allem hier bei uns in NRW, in den letzten Jahren und einer sich immer weiter verschleppenden Endlagersuche in Deutschland zu horrenden Kosten, wirkt der aktuelle Beschluss unseres Nachbarlandes Belgien, den eigenen Atomausstieg wieder rückgängig zu machen, wie aus der Zeit gefallen.

Für uns GRÜNE in Nordrhein-Westfalen ist klar: Eine Rückkehr zur Hochrisikotechnologie Atomkraft ist weder notwendig für das Erreichen der Klimaziele noch für die Sicherstellung der Energieversorgung. Vielmehr war die Nutzung der Atomkraft aufgrund der vielfältigen Risiken und Folgekosten von Anfang an ein gewaltiger Fehler.

In Nordrhein-Westfalen wird offensichtlich, dass der Atomausstieg mit dem Abschalten der letzten Atomkraftwerke im Jahr 2023 noch lange nicht beendet ist. Noch über viele Jahrzehnte hinweg werden verantwortungsvolle Entscheidungen bzgl. der atomaren Hinterlassenschaften getroffen und gesellschaftlich getragen werden müssen. In Nordrhein-Westfalen betrifft dies insbesondere den Betrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau, die trotz Atomausstieg weiterhin betrieben wird, das Zwischenlager in Ahaus, den Rückbau des THTR-300 in Hamm sowie den Umgang mit den Brennelementen aus dem AVR-Versuchsreaktor in Jülich.

Im Forschungszentrum Jülich, liegen noch immer rund 300.000 Brennelementekugeln in 152 Castor-Behältern - ohne gültige Genehmigung. Die letzte Aufbewahrungsgenehmigung lief bereits 2013 aus. 2014 erließ die damalige Landesregierung die Anordnung, die Brennelemente unverzüglich zu entfernen – umgesetzt wurde sie bis heute nicht. Die JEN als Betreiberin des Forschungszentrums muss in Abstimmung mit dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) endlich eine klare Perspektive für eine genehmigungsfähige Lagerung in Jülich schaffen. Das ist die zwingende Voraussetzung dafür, dass die jetzige Landesregierung die Anordnung zurücknehmen kann.

Jetzt braucht es ein klares Signal der Bundesregierung für die sogenannte ‚Neubauoption', die bisher immer von den FDP- und SPD-geführten Ministerien blockiert wurde. Für uns GRÜNE NRW ist klar: Wir setzen uns gemeinsam mit der Landesregierung für die Durchsetzung unseres Koalitionsvertrages ein und treiben den Neubau am Standort Jülich voran - um unnötige Atomtransporte zu vermeiden.

Dazu haben die Landesregierung und Mona Neubaur als die zuständige Ministerin bereits Vorkehrungen geschaffen und entsprechende Haushaltsmittel zum Erwerb von Grundstücken eingestellt. Nach dem noch unter der Ampel getroffenen Beschluss des Haushaltsausschusses im Bundestag, die kostengünstigste Option zu bevorzugen, braucht es jetzt endlich einen freien Weg zum Erwerb der Grundstücke. Ansonsten steuert Nordrhein-Westfalen auf den größten Atommülltransport in der Geschichte des Landes zu. Das darf nicht passieren! Die

neue Bundesregierung hat das Geld für die Schaffung der Voraussetzungen für den Verbleib der Brennelemente in Jülich seit dem neuen Sondervermögen allemal.

Die Möglichkeit, ein Zwischenlager ausschließlich aus Landesmitteln zu realisieren, gab es nie und sie stand auch nie zur Debatte. Es liegt auch nicht in der Verantwortung des Landes, die Kosten für die Lagerung von Atommüll aus einer Forschungseinrichtung des Bundes alleinig zu tragen. Hinzu kommt, dass die dafür notwendigen hunderte von Millionen Euro im Landeshaushalt schlichtweg nicht verfügbar sind und, unter der Maßgabe der rigiden Schuldenbremse, zu weiteren schmerzhaften und nicht zu verantwortenden Einsparungen aller anderen Ressorts führen müssten.

Mit Blick auf das bundesweite Standortauswahlverfahren für ein atomares Endlager müssen wir davon ausgehen, dass wir besonders in NRW noch viele Jahrzehnte länger Verantwortung für die Zwischenlagerung von Atommüll übernehmen müssen, als ursprünglich geplant. Dieser Verantwortung werden auch wir GRÜNE NRW nachkommen. Umso mehr fordern wir die Bundesregierung auf, ihrer finanziellen Verantwortung in dieser Frage ebenfalls nachzukommen.

Für den Neubau eines Zwischenlagers in Jülich braucht es nicht nur Geld und Grundstücke, sondern auch insbesondere eine atomrechtliche Genehmigung, die zum aktuellen Zeitpunkt weiterhin nicht vorliegt. Ein entsprechendes Genehmigungsverfahren ist durch die zuständigen Stellen im Bund nicht einmal gestartet. Genauso wenig wie eine Verlängerung der Betriebsgenehmigung für das bestehende Zwischenlager. Diese wäre aber die Voraussetzung für die Überbrückung der Lagerung bis zur Fertigstellung eines neuen Zwischenlagers. Auch für diese Genehmigung ist die Bundesebene mit dem zuständigen Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit zuständig.

Mit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung wird leider immer wahrscheinlicher, dass das Genehmigungsverfahren zur Beförderung der Kernbrennstoffe von Jülich nach Ahaus, dass seit dem Jahr 2010 bei dem dafür jetzt zuständigen BASE läuft, zeitnah mit einer Genehmigung abgeschlossen wird. Ein solcher Ausgang und die damit verbundenen jahrelangen CASTOR-Transporte – bis zu 152 Mal, fast 200 Kilometer mit allen damit verbundenen Gefahren und Risiken, wären für Nordrhein-Westfalen fatal.

Wir GRÜNE NRW fordern die Bundesregierung daher mit Nachdruck auf, gemeinsam mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung jetzt alle notwendigen Schritte zu ergreifen, um die unnötigen und gefährlichen Atommülltransporte quer durch NRW zu verhindern und den Neubau eines genehmigungsfähigen Zwischenlagers in Jülich endlich zu ermöglichen.

Begründung

Begründung:

Der Atomausstieg war und bleibt ein grüner Erfolg. Doch auch nach der Abschaltung der letzten Atomkraftwerke ist der Ausstieg noch lange nicht abgeschlossen – insbesondere in Nordrhein-Westfalen. Denn der Umgang mit den atomaren Altlasten ist ungelöst und wird uns noch jahrzehntelang beschäftigen.

Die drohenden CASTOR-Transporte von Jülich nach Ahaus stehen exemplarisch für politische Versäumnisse: Seit Jahren liegt keine genehmigungsfähige Lösung für die Lagerung der rund 300.000 Brennelement-Kugeln aus dem AVR-Reaktor vor. Statt das offensichtliche Ziel – eine sichere Zwischenlagerung vor Ort in Jülich – aktiv zu verfolgen, blockierten Bundesministerien von SPD und FDP die notwendigen Entscheidungen in der Ampel. Genehmigungsverfahren wurden verschleppt, finanzielle Verantwortung abgewälzt, politische Verantwortung verweigert.

Die NRW-Landesregierung hat Dank grüner Beteiligung ihre Hausaufgaben gemacht: Ein Neubau eines Zwischenlagers in Jülich ist technisch machbar, politisch gewollt und haushalterisch vorbereitet. Doch ohne klare Signale aus Berlin droht eine fatale Alternative: 152 hochradioaktive Transporte quer durch NRW – mit unkalkulierbaren Risiken, hoher Belastung für Polizei und Bevölkerung und massivem Vertrauensverlust in die Atompolitik des Bundes.

Es braucht jetzt den Druck der Partei – und den Schulterschluss mit unserer Landesregierung. Wir wollen, dass Atommüll dort bleibt, wo er verantwortungsvoll gelagert werden kann – statt ihn durch das Land zu karren. Und wir wollen, dass der Bund seiner Pflicht zur Entsorgung und Finanzierung nachkommt. Dieser Antrag ist ein klares Signal: gegen CASTOR-Transporte, gegen Symbolpolitik auf Kosten der Sicherheit und für eine glaubwürdige Fortsetzung des Atomausstiegs.

Begründung der Dringlichkeit

Nach der Antragsfrist verdichteten sich die Anzeichen, dass das Genehmigungsverfahren für CASTOR-Transporte von Jülich nach Ahaus unter der neuen Bundesregierung von CDU/CSU und SPD kurzfristig abgeschlossen werden könnte. Damit drohen Fakten, bevor die Alternativen des Neubau eines Zwischenlagers in Jülich realisiert werden könnte.

Parallel dazu erscheinen in den Medien irreführende Berichte, etwa in der taz, die unserer stellvertretenden Ministerpräsidentin Mona Neubaur fälschlich die Verantwortung für die drohenden Atommüll-Transporte nach Ahaus zuschieben.

Zudem hat Belgien seinen Atomausstieg gestoppt und plant sogar neue Atomkraftwerke – ein gefährliches Signal für eine europaweite Renaissance der Atomenergie.

Die LDK muss jetzt ein klares Zeichen setzen: gegen unnötige CASTOR-Transporte, gegen das Atom-Comeback und für eine faktenbasierte öffentliche Debatte. Ohne deutliche Positionierung drohen irreversible Entscheidungen – auf Bundes- und europäischer Ebene.

Unterstützer*innen

Jens Steiner (KV Borken); Robin Korte (KV Münster); Norika Creuzmann (KV Paderborn); Lisa Sophie Kreyerhoff (KV Borken); Monika Logermann (KV Borken); Daniela Kersting (KV Borken); Heinrich Rülfing (KV Borken); Maja Becker (KV Borken); Frank Merx (KV Borken); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Jens Grotstabel (KV Borken); Hanna Hüwe (KV Coesfeld); Dennis Brinckmann (KV Coesfeld); Wiltrud Lieselotte Kampling (KV Steinfurt); Henry Tünte (KV Borken); Christian Andrä (KV Düren); Anja Beiers (KV Warendorf); Remigius Hartwig Westermann (KV Borken); Marina Brinckmann (KV Coesfeld); Lif Greta Licht (KV Borken); Annette Grümer-Weyers (KV Borken); Sebastian Windt (KV Borken); Michael Burian (KV Borken); Barbara Andrä (KV Düren); Gerlinde Stein (KV Steinfurt); Thomas Reimann (KV Soest); Thomas Rabe (KV Münster); Fabian Müller (KV Münster); Sina Wübbeling (KV Borken); Bernd Mosig (KV Gütersloh); Klaus Bieber (KV Borken); Katharina Könning (KV Münster)